

Riesaer Tageblatt

Drehtauschiff
Tageblatt Riesa.
Gerau Nr. 20.
Postfach Nr. 22.

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Buchdruckerei:
Dresden 1880.
Gerau Nr. 22.

Das Riesaer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsgerichtsbehörde beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beförderte Blatt.

Nr. 149.

Dienstag, 30. Juni 1931, abends.

84. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag um 5 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Grundpreis, gegen Vorabzahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig ohne Rüttelgebühr. Bis den 30. Mai des laufenden Jahres sind die 5 Uhr vormittags aufzugeben; im vorauß zu bezahlen; eine Gemüse für das Ertheilnen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für bis 10 mm dicke, 8 mm hohe Brunnenschäfte 6 Silber 25 Gold-Pfennige; die 8 mm breite Messingglocke 100 Gold-Pfennige; zeitraubende und teuerliche 50% Aufschlag. Rechte Tarife. Bewilligter Rabatt erlaubt, wenn der Betrag verfällt, durch Abzug eingezogen werden muss oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Nichtlängere Unterhaltungsbeläge bezahlt an der Quelle — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstige legitimer Störungen des Betriebs der Druckerei, der Lieferanten oder der Versender-Betriebserrichtungen — hat der Besitzer keinen Anspruch auf Absetzung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Notationsdruck und Verlag: Dargatz & Wintzsch, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59.

Berantwortlich für Redaktion: Ferdinand Leichgräber, Riesa; für Eigentum: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Entscheidung in Paris auf Mittwoch vertagt.

Programm für den englischen Staatsmänner-Besuch.

Der Hooverplan gefährdet?

In Paris, 30. Juni. Wie nach den letzten amtlichen französischen Berlautungen schon zu erkennen war, sind die Verhandlungen über den Hooverplan am Montagabend in ein kritisches Stadium getreten. Die Vertragung auf übermorgen kann leicht zu einem endgültigen Abbruch führen. Bei der Verlesung des amtlichen Communiqués war der französische Ministerpräsident sichtlich nervös und abgespannt.

In der amerikanischen Botschaft herrscht am Montagabend der äußerste pessimismus. Man hält es nicht für ausgeschlossen, daß der gesamte Hooverplan ins Wasser fällt. Die Franzosen haben in keinem der wesentlichen Punkte nachgegeben. Es hat sich herausgestellt, daß nicht die Inkraftsetzung des Hoovermoratoriums, sondern die Vereinbarungen über die Zeit der Rückzahlung nach Abschluss des Moratoriums auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoht.

Als ein neues Hindernis ist nun auch die Frage der Zuständigkeit des Haager Gerichtshofes für die Differenzen aus den neuen Abmachungen hinzugegetreten, da die Amerikaner dafür den Haager Gerichtshof nicht anerkennen wollen. Im Haager Abkommen ist aber der Gerichtshof festgelegt worden.

Ein eigenartiges Communiqué

Paris, 30. Juni.

Über den Ministerrat, der Montagabend unter dem Vorsitz des Präsidenten Doumer im Elysée stattfand, wurde lediglich folgendes Communiqué ausgegeben:

„Ministerpräsident Laval hat über den Stand der Verhandlungen mit dem amerikanischen Schatzkanzler Mellon und dem amerikanischen Botschafter in Paris, Edge, Auskunft gegeben.“

Nach einer Mitteilung aus dem Büro des Ministerpräsidenten werden Schatzkanzler Mellon und Botschafter Edge nunmehr über den Stand der französisch-amerikanischen Verhandlungen nach Washington berichten. Eine neue Zusammenkunft der französischen und amerikanischen Unterhändler ist für Mittwoch vormittag in Aussicht genommen.

Einziges Zugeständnis — Fünfjährige Abzahlungsschrift

Dazu berichtet die Havas-Agentur weiter:

„Das Kabinett hat sich einmütig über die Notwendigkeit geeinigt, daß sich die französische Regierung nach der Abstimmung in der Kammer an den Text ihrer Antwort vom 24. Juni halten müsse. Die Meinungsverschiedenheiten, die Paris und Washington trennen, sind bekannt. Frankreich schlägt vor, daß die durch das Moratorium verfügbaren wendenden Summen nicht zur Verbesserung des Kredits Deutschlands, sondern auch der andern mitteleuropäischen Länder verwendet werden, bei denen die Auslösung der Young-Zahlungen finanzielle und wirtschaftliche Störungen hervorrufen kann. Die Vereinigten Staaten dagegen wollen ihre Bemühungen lediglich auf die Wiederherstellung Deutschlands richten. Frankreich fordert andererseits vor Ablauf des zwölftmonatigen Moratoriums die Prüfung von Maßnahmen, die deutscherseits im Hinblick auf die Wiederaufnahme der Zahlungen ergriffen werden müssen. Hinsichtlich dieses wichtigen Punktes hat, wie es scheint, Frankreich, der hauptgläubiger Deutschland, weder seitens der Vereinigten Staaten, noch Deutschlands die erforderlichen beruhigenden Versicherungen erhalten. Das Angebot des Präsidenten Hoover legt Wert darauf, daß die von Deutschland 1931/32 zu zahlende Annuität erst nach 25 Jahren gezahlt werden soll. Die französische Regierung hat dagegen in ihrer Antwort erklärt, daß dieser Beitrag am Ende des zwölftmonatigen provisorischen Moratoriums fällig werden müsste.“

Die französische Regierung hat in einem Gefäß des Entgegenkommens beschlossen, die Frist von einem Jahr auf fünf Jahre zu verlängern; aber das ist, wie es scheint, das einzige Zugeständnis, das der Ministerrat zu seinem anfänglichen Plan annehmen zu müssen geglaubt hat, ohne daß das geheiligte Recht Frankreichs auf Reparationen beeinträchtigt wird.

Ministerpräsident Laval und seine Kollegen werden das Ergebnis ihrer Beratungen und die Gründe ihrer Haltung im Verlauf der Verhandlungen mit den amerikanischen Vertretern auseinanderlegen.

Vor einer Sitzung des französischen Senats.

In Paris. Ministerpräsident Laval wird heute nachmittag im Senat vermutlich die Interpellation Vomery über den Hooverplan beantworten. Der auswärtige Ausschuß des Senats würde sich vor der Sitzung ebenfalls damit beschäftigen. Der Vorsitzende des auswärtigen Ausschusses, Senator Bérard, soll brüderlich agieren, der Regierung eine Reihe von Fragen über den Vorschlag Hoovers und die von der französischen Regierung getroffenen Maßnahmen stellen. Sollte dieser Verfahren angenommen werden, dann besteht die Möglichkeit, daß Senator Bérard in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des auswärtigen Ausschusses den Interpellanten erlaubt, auf seine Interpellation zu verzichten. Man rechnet damit, daß Vomery sich nur ungern hierzu entschließen werde.

Die französischen Morgenblätter zu den französisch-amerikanischen Verhandlungen.

In Paris, 30. Juni. Im Ergänzung der Berichte über die Meinungsverschiedenheiten, die sich zwischen den amerikanischen Unterhändlern, Schatzkanzler Mellon und Botschafter Edge, einerseits und den französischen Ministern andererseits bei den Verhandlungen seit Sonnabend nachmittag ergeben haben, veröffentlichten die Morgenblätter übereinstimmende Meldungen, die darauf hindeuten lassen, daß sie französischesamtlich informiert worden sind. Hieraus handelt es sich um drei Punkte, über die bisher eine Einigung nicht erzielt werden konnte:

1. Frankreich willst, daß die Summe, deren Zahlung ausgesetzt wird, von Deutschland, und zwar sowohl was das Kapital wie die Zinsen anlangt, den Gläubigern innerhalb von fünf Jahren vom Augenblick der Wiederaufnahme der Young-Zahlungen zurückgezahlt werden, während die Vereinigten Staaten eine auf 25 Jahre gestaffelte Rückzahlung vorstellen und so mit einem geringen Rücksatz begnügen wollen.
2. Frankreich besteht ganz besonders darauf, daß Deutschland sich verpflichtet, nach dem einjährigen Hoover-Moratorium, und zwar während der fünf Jahre, in denen die ausgeliehenen Beträge zurückgezahlt werden sollen, nicht das im Youngplan vorgesehene Moratorium für sich zu beanspruchen, und daß im Falle eines Youngplan-Moratoriums Frankreich nicht der USA den Garantiefonds von 500 Millionen Mark — wie es der Youngplan vorsieht — einzuzahlen braucht.
3. Frankreich besteht darauf, daß die von Deutschland an die USA 1931/32 zu leistenden Zahlungen nicht nur angunsten Deutschlands, sondern auch der Länder Mittel- und Osteuropas Verwendung finden, die durch die Auslegung des deutschen Transfers in Schwierigkeiten geraten könnten.

Während über Punkt 1 und 3 eine Annäherung des französischen und des amerikanischen Geschäftspunktes wahrscheinlich erscheint, soll der französische Ministerpräsident beschlossen haben, in Punkt 2 intranigent zu bleiben. In gewissen Kreisen würde man es gern sehen, wenn Deutschland seinen juristisch durchaus begründeten Standpunkt, daß es sich in die zwischen Frankreich und Amerika geführten Verhandlungen nicht einzumischen habe, anzneben und von sich aus einen Schritt unternehmen würde, der ein Arrangement zwischen Amerika und Frankreich erleichtern könnte.

Amerika gegen Verwölfung des Hoover-Plans.

Zustimmung Österreichs, Polens und der Tschechoslowakei.

In Washington, 29. Juni. Nach einer längeren Konferenz mit Hoover gab Unterstaatssekretär Castle heute eine positive Erklärung ab, daß Amerika keinen Widerstand annehmen werde, der nicht dem Sinn und Zweck des Hoover-Plans vollkommen entspreche. Wie hier verlautet, hat Mellon dieses Verlangen dem französischen Ministerpräsidenten unterbreitet. Man betrachtet die Lage hier zwar als delikat, aber nicht als hoffnungslos, doch ist man sich darüber im klaren, daß das amerikanische Parlament nie auf den Plan Hoovers eingehen werde, wenn er zu sehr verzweifelt und sein eigentlicher Zweck einer einjährigen Atempause für Deutschland vereitelt werde. Dies wurde der französischen Regierung ganz klar zum Ausdruck gebracht.

Die Tatsache, daß Polen und die Tschechoslowakei dem Plan Hoovers zustimmen, wurde hier mit großer Beifriedigung aufgenommen. Die Zustimmung Österreichs wurde heute von dem österreichischen Gesandten dem Unterstaatssekretär Castle in einer formellen Note überreicht.

Amerikanisches Communiqué

Über die Pariser Verhandlungen Mellons.

In Washington. Nach langen Verhandlungen mit dem Präsidenten Hoover gab Unterstaatssekretär Castle gestern abend über die Verhandlungen zwischen Schatzkanzler Mellon und dem französischen Ministerpräsidenten Laval ein formelles Communiqué aus, in welchem die französische Regierung als die einzige bezeichnet wird, die sich nicht einmal prinzipiell mit dem Plan Hoovers einverstanden erklärt habe. Castle sagte wörtlich: „Soweit wir unterrichtet sind, haben jetzt sämtliche Regierungen im Prinzip dem Plan des Präsidenten Hoover zugestimmt mit Ausnahme der französischen Regierung. Sie haben sich einige Schwierigkeiten ergeben, den französischen Standpunkt mit dem Geist des Vorschlags des Präsidenten in Übereinstimmung zu bringen. Zwischen dem Botschafter Edge und dem Schatzkanzler Mellon sowie dem französischen Minister finden noch Erörterungen statt.“ Diesem Communiqué fügte Castle noch hinzu: „Wir verhandeln immer noch das alles, was wir gemeinsam sagen können.“

Grundlässliche belgische Zustimmung.

In Brüssel, 29. Juni. Wie in unterrichteten Kreisen verlautet, hat das Kabinettrat die von den beteiligten Ministerpräsidenten entworfene Antwortnote der belgischen Regierung auf das Angebot des Präsidenten Hoover genehmigt. Die Antwort ist sehr kurz und umfassend gezeichnet und zeigt wörtlich: „Soseit wir unterrichtet sind, haben jetzt sämtliche Regierungen im Prinzip dem Plan des Präsidenten Hoover zugestimmt mit Ausnahme der französischen Regierung. Sie haben sich einige Schwierigkeiten ergeben, den französischen Standpunkt mit dem Geist des Vorschlags des Präsidenten in Übereinstimmung zu bringen. Zwischen dem Botschafter Edge und dem Schatzkanzler Mellon sowie dem französischen Minister finden noch Erörterungen statt.“ Diesem Communiqué fügte Castle noch hinzu: „Wir verhandeln immer noch das alles, was wir gemeinsam sagen können.“

Das Programm des Berliner Besuchs

Wochenende auf Schloß Hubertusstock

Berlin, 30. Juni.

Wie wir erfahren, ist für den Berliner Besuch der englischen Minister folgendes Programm vorgeesehen:

Henderson trifft am Freitag, den 27. Juni, vormittags, von Paris kommend in Berlin ein, während Mac Donald im Flugzeug erst kurz nach Mittag erwartet wird. Für den Freitagabend ist ein Essen beim Kanzler, für den Sonntagabend eines in der englischen Botschaft vorgesehen. Dazwischen liegt die eigentliche Aussprache, und zwar wird sie sich in dem Jagdhaus Hubertusstock abspielen, das etwa sieben Kilometer von Berlin am Werbellinsee liegt. Hubertusstock ist bekanntlich der Wochenendlag des preußischen Ministerpräsidenten, der auch an dem Besuchstag in Hubertusstock anwesend sein und an den Besprechungen teilnehmen wird. In politischen Kreisen wird diese Teilnahme des Ministerpräsidenten Braun begrüßt, zumal die beiden englischen Gäste der Arbeiterpartei angehören. Ein Besuch wegen des Aufenthalts in Hubertusstock ist übrigens noch nicht geplant worden; man darf aber annehmen, daß es bei der geschilderten Absicht bleibt.

Der Besuch von Dr. Brüning

und Dr. Curtius in Rom.

In Rom. In italienischen diplomatischen Kreisen wird wie die Agentur Steloni meldet, der Gedanke einer Reise von Dr. Brüning und Dr. Curtius nach Rom gänzlich aufgenommen, aber man hält es für wünschenswert, daß dieser Besuch nicht vor dem angekündigten Zusammentreffen der beiden deutschen Staatsmänner mit dem französischen Ministerpräsidenten Laval und Außenminister Briand stattfindet. In den gleichen Kreisen wird der Hoffnung Ausdruck verliehen, daß dieses Zusammentreffen tatsächlich einen regenreichen Einfluß auf die französisch-deutsch-polnischen Beziehungen und infolgedessen mittelbar auch auf die allgemeine Lage Europas ausüben werde.